

Zerfällt Europa?

Regionalismus in Europa und Egoismus der Bundesländer

■ Mit HEINRICH NEISSER sprach PETER PAWLOWSKY



Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser war 1975 bis 1987 Zweiter Präsident des Nationalrats, Staatssekretär und Bundesminister im Bundeskanzleramt, Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform, Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs. 1999/2000 bis Ende 2007 hielt er den Jean-Monnet-Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaften an der Universität Innsbruck. Neben zahlreichen leitenden Funktionen ist Heinrich Neisser Präsident der Österreichischen Forschungsgemeinschaft und Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts für Höhere Studien.

Herr Prof. Neisser, wir beobachten, wie die Bundesländer zunehmend für ihre Eigeninteressen und gegen den Bund agieren. Ist das eine Parallele zum wachsenden Nationalismus in Europa?

Heinrich Neisser: Die Ordnung der Bundesländer ist für mich in vielen Fragen Ausdruck eines plumpen regionalen Egoismus, noch dazu in der Vorstellung, man muss das den Wählern schmackhaft machen.

Die Problematik, die sich in Gesamt Europa abspielt, ein zunehmender Regionalismus, der zum Teil schon auch Tendenzen eines Separatismus zeigt, ist was anderes, glaube ich. Man muss das historisch sehen: Die großen Fälle, die jetzt auf der Tagesordnung stehen:

Nehmen Sie Schottland her oder die Katalanen. Bei den Katalanen ist es interessanterweise die Verbindung, die schon im Mittelalter geschaffen worden ist zwischen den Kastilianern und den Katalanen. Das ist ja keine Verbindung auf Dauer. Entweder waren es Hochzeiten, die die Gemeinsamkeit begründet haben oder es war ein Oktroi. Alle diese Regionen hatten in ihrer Geschichte Phasen einer Diktatur, die sie als Klammer in eine größere Einheit gezwungen hat.

Etwas anders ist die Situation bei den Schotten. Die Schotten haben auch historische bedingt ein starkes Unabhängigkeitsdenken, sie haben auch eigene Strukturen. Ich kenne Schottland und ich kenne England und ich habe das Gefühl, wenn man in Schottland ist, ist das eine andere Gesellschaft, eine andere Art des Denkens. Dass die mit London nicht immer viel gemeinsam haben wollen, versteh ich bis zu einem gewissen Grad. Die Schotten haben sehr geschickt in der EU regionale Interessensvertretungen in Brüssel *via facti*

etabliert, die zum Teil von der Wirtschaft getragen werden, teils kultureller Natur sind, mit denen sie also in Brüssel ständig agieren.

Glauben Sie, dass es zur staatlichen Selbständigkeit europäischer Regionen kommen wird?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Bestrebungen dazu führen, dass die Katalanen eines Tages als selbständiger Staat in der EU agieren. Das kann ich mir auch bei den Schotten schwer vorstellen. Die jüngsten Wahlen haben aber dort gezeigt, dass ein großes Potential zur Selbstständigkeit da ist. Man muss auch sehen: Sie haben große politische humane Ressourcen. Diese Schottin Nicola Sturgeon ist eine tolle Frau, sie hat 56 der 59 schottischen Wahlkreise gewonnen. Solche Typen sehen Sie in der österreichischen politischen Landschaft gar nicht.

Die Tendenz zu einem Europa der Regionen spielt hier auch eine Rolle. Die EU müsste sich mit diesen Fragen ernsthaft auseinandersetzen, zumal es ja ein Grundgesetz gibt. Im Unionsvertrag steht, dass jedes Land das Recht auf seine nationale Identität hat, wobei der Begriff nationale Identität so verstanden wurde, dass es sich hier um eine Art Verfassungsautonomie handelt, das heißt also die verfassungsrechtlichen Strukturen und die Ordnung eines Landes selbst zu bestimmen. Die EU verlangt die Demokratie, den Rechtsstaat, aber in welcher Form – ob das jetzt mehr präsidentielle Demokratie, eine repräsentative oder gar eine direkte Demokratie ist – das fällt unter die sogenannte nationale Identität.

Natürlich berufen sich die Länder darauf, dass es ihre Sache ist, welche Rechte sie den Regionen geben, aber das Ganze ist natürlich auch eine atmosphärische

Frage. Wir leben in einer EU, in der das Wort Region in den verschiedensten Zusammenhängen eines der häufigsten Worte ist. Denken Sie an Südtirol, Nordtirol und Trient, die bilden eine regionale Verbundenheit besonderer Art. Ich habe das selber miterlebt: Ich war im Grundrechtskonvent im Jahr 2000, nicht nur ich, sondern auch Voggenhuber und Ofner. Sie haben Anträge eingebracht, dass man ethnische Minderheiten anerkennen soll. Das ist uns aber nicht gelungen: Ein radikaler Widerstand kam von zwei Staaten. Die Franzosen haben mit Korsika argumentiert und Spanien war in der Frage der Basken völlig unbeweglich. Der Kompromiss war der Artikel 22 in der Grundrechtscharta, wo drinnen steht, die Union achtet die religiöse, kulturelle und sprachliche Vielfalt. Ich bin auch der Meinung, dass die EU geradezu sträflich das Problem der ethnischen Minderheiten vernachlässigt. Da ist der Europarat viel produktiver gewesen, und dieses Problem wird uns beschäftigen.

Wir haben das Problem der Regionen doch bereits gelöst – es gibt neun Bundesländer. Woher kommen dann die innerösterreichischen Probleme?

Eine Ursache liegt in der österreichischen Föderalismuspolitik, die ja nie eine offene, auch konfrontative Diskussion mit den Ländern geführt hat, sondern man hat sich halt irgendwie mit den Ländern arrangiert und auf alle Reformen verzichtet. Man muss sich ja vorstellen, dass so ein System einer verbundenen Finanzwirtschaft, wie wir es heute im Österreich haben, völlig kontraproduktiv ist und den internationalen Entwicklungen widerspricht. Die Schuldenwirtschaft der Länder konnte ohne Kontrolle passieren.

Die österreichische Föderalismusgeschichte ist eine Geschichte der Erfolglosigkeit. Der Perchtoldsdorfer Kompromiss 1992 legte fest: Jetzt gehen wir zur EU und machen eine Bundestaatsreform. Zwei Jahre später kam Österreich zur EU, aber die Bundestaatsreform ist abgeblasen worden. Niemand wollte sie. Die Personalisierung der Landepolitik heute besteht in

nichts anderem, als was in einer Erfolgsquote für das eigene Land herausgeholt wird. Das ist das Maß. Das war beim Wallnöfer so, beim Ratzenböck in Oberösterreich, das ist jetzt beim Pröll nicht anders. In Deutschland hat damals Müntefering etwas weitergebracht, man hat sich zusammengesetzt in einer Kommission, die Länder und Mitglieder der Bundesregierung. Bei uns: Wir machen immer diese unproduktiven Konvente. Da sitzen die Beamten, die seit 30 Jahren dort sitzen und jeder weiß, was er sagen und was er vertreten darf. Da müssten vielmehr die politischen Köpfe hingehen.

Ist es nicht so, dass in der Geschichte Verbindungen von politischen Gebilden und ihr Zerfall einander mit Regelmäßigkeit abwechseln?

Es gibt in der Staatslehre diese berühmte Zyklentheorie, die sogar auf den antiken Staatsphilosophen Polybios zurückgeht: Er sagte, dass alle Staatsformen sich im Laufe der Zeit ändern: Eine Art historische Gesetzmäßigkeit, wobei die Historiker mit dem Begriff der Gesetzmäßigkeit sehr vorsichtig sind. Es gibt eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sich diese Prozesse Integration oder Desintegration konsekutiv wiederholen. Und wir sind jetzt auch in der EU vor dieser Frage. Wir hatten vor zehn, fünfzehn Jahren auch schon Schwierigkeiten, aber jeder hat damals erklärt: Das Ziel muss weitergehen, eine *ever closer union*, eine immer tiefere Verbindung muss gelingen. In der Zwischenzeit spielt in der Diskussion „weniger Europa“ eine starke Rolle, und zwar bis zum Exit.

Das Wort Souveränität taucht immer öfter auf. Ich habe schon vor Jahren die Diskussion über die Teilnahme an der Währungsunion verfolgt und zwar in jenen Ländern, die nicht mitgemacht haben: Dänemark, Schweden, Großbritannien. Da hat man immer mit dem Begriff Souveränität argumentiert. Heute verwenden auch die ganzen kritischen Leute, wenn man sich in Österreich etwa Strache anschaut, nicht das Wort Nationalismus, aber sehr wohl das Wort Souveränität.

■ Die österreichische Föderalismusgeschichte ist eine Geschichte der Erfolglosigkeit.

■ Der österreichische Euroskeptizismus basiert schon darauf, dass die sogenannte Mittelschicht Träger dieses neuen Nationalismus ist.

Warum nimmt Nationalismus so zu? Sind schwache Regierungen die Ursache? Wer plädiert noch für ein einigeres Europa?

Ich glaube, dass dieser neue Nationalismus heute nicht nur getragen wird von rechts oder links außen, sondern dass auch die Mittelschicht nationalistischer geworden ist. Das hat verschiedene Gründe. Schauen Sie sich den Herrn Thilo Sarrazin an. Ich hab ihn selber einmal in Wien gehört, aber Sie müssen wissen, wer dort war: Er hat vor hunderten Rotariern geredet. Der ist nicht auf die Straße gegangen und hat die extreme Linke oder die extreme Rechte bedient. Der österreichische Euroskeptizismus basiert schon darauf, dass die sogenannte Mittelschicht Träger dieses neuen Nationalismus ist. Ich weiß nicht wie es weiter geht, das ist ein bisschen ein Kaffeesudlesen. Aber die *ever closer union* wird eine immer lockerere Union.

Sehen Sie einen Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, so dass wachsende Unsicherheit dazu führt, dass sich die Leute stärker zusammenschließen?

Interessant ist es bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das sind ja zwei Themen, die eigentlich in die größere Dimension führen müssten. Wir hätten eine ganz andere Arbeitsmarktpolitik, wenn wir eine gemeinsame europäische Arbeitsmarktpolitik hätten, gemeinsame Arbeitslosenversicherung, weitgehend akkordierte Pensionssysteme. Nur, die Argumentation, und das sehen Sie ja auch bei den Österreichern, das sagt der Strache auch immer, so quasi: Der soziale Zusammenhalt ist die kleine Einheit, das sind wir. Wir sind Österreicher und Österreicherinnen, wir halten zusammen, wir garantieren sozusagen die sozialen Standards.

Wir liegen damit vom Gesichtspunkt der ökonomischen Theorie der Integration gesehen falsch. Der wirklich fatale Fehler für all diese Entwicklungen sind schwache Regierungen, die sich aus der Schwäche nicht getrauen, Europa zu thematisieren. Es ist nach wie vor ein frommer Wunsch der Wissenschaft, zu einer kommunikativen Demokratie, zur deliberativen Demokratie

im Dialog zu kommen, so wie es Habermas seit Jahrzehnten predigt. Das ist wunderschön, aber es findet ohne die Hauptakteure nicht statt. Wenn Sie sich die österreichische Regierung anschauen – aber es ist bei anderen auch so –: Europa kommt nicht vor. Die wären verantwortlich dafür, dass Europa zum Alltagsthema wird. Das müssten sie machen. Sie tun es aber nicht, sie schielen immer ins eigene Land und stärken dadurch Eurokritiker und Skeptiker, in dem Fall sogar die Rechten bei uns.

Wir haben eine ganz komische Situation. Wir haben eine politische Führung, die sich zu dem Thema verschweigt. Wir haben eine politische Opposition, die zum Teil sehr stark von der rechten Seite aber nicht nur euroskeptisch agiert, und wir haben eine Elite in Österreich, die seit Jahren dasselbe runterredet, aber der nichts einfällt. Ich kenne keinen österreichischen Europarechtler, der es ihnen klar macht. Die Diskussion wird auf elitärer Ebene dominiert von berühmten deutschen Ökonomen. Die haben ja diesen Sachverständigenrat, das ist etwas, womit die mit der Regierung kommunizieren. Die Merkel ist ja eine ganz große Figur, zumindest was Mehrheiten anlangt, aber sie betreibt auch keine Europapolitik. Es sind bedeutende Versuche zur engeren Verbindung innerhalb Europas gescheitert. Die Abstimmung über den Verfassungsvertrag 2005 ist in den Niederlanden danebengegangen mit 62 Prozent dagegen. Die Franzosen hatten 54 negative Prozent. Interessant: Es sind jetzt eigentlich die östlichen mitteleuropäischen Staaten, die zum Teil eine proeuropäische Gesinnung kultivieren, mit Ausnahme der Tschechen und Ungarn.

Wie sehen Sie Europa und Österreich angesichts der immer noch wachsenden Flüchtlingswelle?

Diese Flüchtlingsdiskussion ist Ausdruck des Abschiebens der Verantwortung. Ich finde es einen Skandal auf europäischer Ebene und auf nationaler Ebene völlig parallel, weil beide Ebenen gewusst haben, was auf sie zukommt. Sie dürfen nicht vergessen, die Migrationspolitik ist durch

den Vertrag von Amsterdam 1997 vergemeinschaftet worden. Es war vorgesehen, dass es in einer Übergangsfrist von 5 Jahren, also bis 2002, eine einheitliche Migrationspolitik gibt. Ich hab nicht gezählt, wie viele Treffen der Innen- und Justizminister seit 2002 stattgefunden haben. Sie sind zusammengekommen und auseinandergegangen. Traiskirchen ist ja nicht ein Problem, das heute entstanden wäre. Das Ganze ist eine europäische Blamage und man muss jetzt nicht diskutieren, Quote hin und Quote her, sondern das ist eine Blamage der europäischen Humanität. Es ist ja auch eine Schande: Die Kasernen stehen weitgehend leer. Ich war viele Jahre Wehrsprecher.

Schon 1979 sind die Kasernen leer gestanden und die Frage war: Was machen wir damit? Da bringen sie ein paar hundert Leute wie nichts unter. Die Medien sind zwar schon sehr kritisch, aber es prangert niemand diese Unmenschlichkeiten an, denn man müsste sonst den österreichischen Menschen in den Mittelpunkt stellen, vom goldenen Wienerherz reden. Es gibt noch immer nicht nur die NGOs, sondern auch private Initiativen. Die Leute sind da, aber niemand sagt etwas Grundsätzliches, weder der Herr Feymann, noch der Herr Mitterlehner, außer: Wir brauchen jetzt eine Quotenregelung. ■

■ Der wirklich fatale Fehler für all diese Entwicklungen sind schwache Regierungen, die sich aus der Schwäche nicht getrauen, Europa zu thematisieren.

Verehrte Damen und Herren,

die vielleicht in Frühpension sind, deren Kinder ihre Familien schon verlassen haben oder die sich aus anderen Gründen leisten können ein Jahr lang, einmal die Woche Roma Kinder bei Ihnen zu Hause auf die Schule vorzubereiten ...

*Wir bitten Sie sich bei Renata Erich (Gründungs- und Ehrenmitglied von 'Romano Centro') unter **Telefon 01 581 30 22** zu melden.*

Wir bereiten sie dann auf die wichtige und befriedigende Tätigkeit vor und führen sie gerne mit einer Romni in den Wohnungen der armen Roma ein, deren Mütter oft nicht lesen und schreiben können und die sich vor dem weiterhin existierenden Antiziganismus in der Schule fürchten.

